

der BundesrätInnen Korinna Schumann, Horst Schachner
Genossinnen und Genossen

betreffend **Aktion 40.000**

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Beschluss des Nationalrates vom 22. April 2021 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 geändert wird (1477/A und 792 d.B.)

Die Coronakrise hat eine bereits davor eingesetzte Entwicklung, die Verknappung von Arbeit, wesentlich verstärkt.

Die Zahl der Arbeitslosen und Schulungsteilnehmer lag Ende Jänner im Vergleich zum Vorjahresmonat um 27 Prozent höher. 535.470 Personen sind arbeitslos gemeldet oder in AMS-Schulung, das sind um 114.769 mehr als im Jänner 2020.

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ging im Jänner im Vergleich zum Vorjahresmonat laut vorläufiger Prognose um 3,3 Prozent auf 3,636 Millionen zurück. Die Anzahl der sofort verfügbaren Stellen schrumpfte um 18,5 Prozent auf rund 58.347. **Damit kommen auf eine beim AMS gemeldete offene Stelle mehr als 9 vorgemerkte Arbeitssuchende.**

In Österreich sind viele Arbeitslose sehr lange auf Jobsuche. Die Zahl der **Langzeitbeschäftigungslosen** lag Ende Jänner bei 139.818, **ein Plus von 43,6 Prozent** gegenüber dem Vorjahr.

Wer mit über 50 Jahren mehr als ein Jahr lang arbeitslos ist, hat kaum mehr eine Chance eingestellt zu werden. 2017 wurde unter Bundeskanzler Kern und Sozialminister Stöger deshalb die **Aktion 20.000** ins Leben gerufen: 20.000 Arbeitslose sollten in öffentlichen Einrichtungen und gemeinnützigen Vereinen arbeiten, der Staat zahlte diese Arbeitsplätze.

Türkis-Blau strich das Jobprogramm für ältere Arbeitslose nach weniger als einem Jahr. Damit konnte die Aktion 20.000 ihr Potenzial nur zu 5 Prozent ausschöpfen: Nur jeder 20. ältere Arbeitslose bekam eine Chance über die Aktion. 3.824 Arbeitslose über 50 Jahren wurden gefördert – möglich gewesen wären aber bis zu 74.361.

Trotzdem war diese Aktion ein voller Erfolg: **Jeder Dritte** Langzeitarbeitslose über 50 Jahren, der an der Aktion 20.000 teilnahm, hat heute **wieder einen Arbeitsplatz**. **1.213 ehemalige Langzeitarbeitslose**, die an der Aktion teilnahmen, haben heute einen Arbeitsplatz – nicht vom Staat gefördert. Diese Menschen haben Optimismus und eine sinnvolle Beschäftigung.

Es zeigt sich auch jetzt wieder: Der Arbeitsmarkt reguliert sich nicht von selbst. Es gibt in dieser Arbeitsmarktkrise jetzt schon viele VerliererInnen und sie werden noch mehr. Daher ist es Zeit, dagegen etwas zu unternehmen.

Es braucht nachfrageorientierte Lösungen, welche die ökologische Transformation, den Strukturwandel und strukturschwache Regionen auffangen.

Die SPÖ fordert daher eine Jobgarantie für 40.000 zusätzliche Beschäftigungen mit Ausbildungsmöglichkeiten – eine **Aktion 40.000**.

Mit der Aktion 40.000 sollen sinnvolle Beschäftigungsprojekte geschaffen werden, die dazu beitragen, soziale, ökologische und/oder ökonomische Strukturen einer bestimmten Region im Sinne einer wohlstandorientierten Wirtschaftspolitik zu verbessern. Träger für die Förderung können **öffentliche oder gemeinnützige Einrichtungen und Dienstleistungsverbände** sein, um regionale/kommunale Bedarfe abzudecken.

Beispiele:

- o Stützkräfte in den Schulen;
- o Alltagsbetreuung für ältere MitbürgerInnen;
- o Sanierungsarbeiten der Gemeinde-Infrastruktur;
- o Parkraumüberwachung;
- o Botendienste;
- o Unterstützungskräfte bei Kinderbetreuung;
- o Bürohilfskräfte;
- o Instandhaltung von Grün- und Parkflächen.

Gefördert werden damit existenzsichernde Vollzeitdienstverhältnisse oder Teilzeitbeschäftigungen ab 30 Wochenstunden bei öffentlichen und gemeinnützigen Einrichtungen oder Dienstleistungsverbänden für die Beschäftigung von Arbeitslosen, die mindestens 12 Monate durchgehend beschäftigungslos waren (Langzeitbeschäftigungslose nach AMS-Definition).

Die Teilnahme daran ist freiwillig und eine Ablehnung kann nicht zur Sperre des Arbeitslosengeldes führen.

Um Verdrängungs- aber auch Mitnahmeeffekte zu vermeiden sollen **nur zusätzlich geschaffene Arbeitsplätze** gefördert werden.

Die **Entlohnung hat nach Kollektivvertrag** zu erfolgen, mindestens 1.700 Euro Brutto (für Vollzeit). Während der geförderten Beschäftigung sollen auch entsprechende Aus-, Um- und Weiterbildungsangebote, sowie bei Bedarf ein Coaching für den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben den Beschäftigten zur Verfügung gestellt werden.

Die Förderung erfolgt **degressiv für 2 Jahre**. Die ersten 12 Monate zu 100 Prozent, danach 6 Monate mit 75 Prozent und schließlich 6 Monate mit 50 Prozent der gesamten Lohnkosten.

Die unterfertigten Bundesrätinnen und Bundesräte stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit wird aufgefordert, ein Beschäftigungsprojekt für 40.000 geförderte Arbeitsplätze bei öffentlichen und gemeinnützigen Trägern für die Beschäftigung von Langzeitbeschäftigungslosen und unter Bereitstellung der erforderlichen zusätzlichen finanziellen Mittel auszuarbeiten und bis spätestens Juni 2021 umzusetzen.“



